

# Globale Wirtschaftspolitik neu gestalten

## Eine Einführung in den Financing for Development-Prozess

Flora Sonkin

Die täglichen Kämpfe der Menschen auf der ganzen Welt – um Nahrung, Wohnung, Gesundheitsversorgung, Beschäftigung – sind vollständig an die Regeln der Weltwirtschaft gebunden. Wenn wir tiefgreifende Ungerechtigkeiten und Asymmetrien bekämpfen wollen, sind globale systemische Lösungen dringend erforderlich. Hier kommt der UN-Prozess zur Entwicklungsfinanzierung (Financing for Development, FfD) ins Spiel. Er ist der einzige demokratische Raum, in dem die globale Wirtschaftspolitik behandelt wird und gleichzeitig die Themen Klimawandel, Ungleichheiten und Menschenrechte im Mittelpunkt stehen.

Die derzeitigen Regeln unserer Weltwirtschaft reproduzieren einen Teufelskreis der Ungleichheit: Das export- und wachstumsorientierte, privatwirtschaftlich geprägte Entwicklungsmodell in vielen Ländern des Globalen Südens basiert auf der Ausbeutung billiger Arbeitskräfte und der Ausbeutung natürlicher Ressourcen durch Konzerne aus dem Globalen Norden. Als ob das nicht schon genug wäre, nutzen multinationale Unternehmen und Investoren Schlupflöcher und Steueroasen, um noch mehr Reichtum anzuhäufen und ihrem gerechten Anteil an der Finanzierung der Gemeinwesen zu entkommen. Wachsende wirtschaftliche Ungleichheit und Vermögenskonzentration verstärken dann die politische Ungleichheit, indem sie die Möglichkeiten der Unternehmens- und Finanzakteure erweitern, Lobbyarbeit bei politischen Entscheidungsträger\*innen zu betreiben. Ungleichheiten werden dann an die nächsten Generationen weitergegeben, was zu langfristigen Ungleichheiten – nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in geschlechtsspezifischer, klimatischer und ökologischer Hinsicht – führt, von denen marginalisierte Gruppen besonders betroffen sind.

Daten aus der Zeit vor der Pandemie zeigen, dass eines von acht Ländern mehr für die Rückzahlung seiner Schulden ausgibt als für Bildung, Gesundheit und soziale Sicherung zusammen.<sup>1</sup> In mindestens 62 Ländern war der öffentliche Schuldendienst im Jahr 2020 größer als die Ausgaben für das Gesundheitswesen. Diese besorgniserregenden Trends werden

voraussichtlich 154 Länder im Jahr 2021 zu Sparmaßnahmen zwingen, was wiederum im Jahr 2022 voraussichtlich 6,6 Milliarden Menschen oder 85 % der Weltbevölkerung betreffen wird.<sup>2</sup>

### Entwicklungsfinanzierung: Geschichte und Prozess

Der FfD-Prozess hat seine historischen Wurzeln in der Unzufriedenheit der Entwicklungsländer mit den systemischen Mängeln der internationalen Finanzarchitektur. Die erste Internationale Konferenz über Entwicklungsfinanzierung fand 2002 in Monterrey, Mexiko, im Anschluss an die Asienkrise statt und führte zum sog. *Monterrey Consensus*. Die Konferenz war ein Versuch, die Stimme der UN im globalen Wirtschafts- und Finanzsystem wiederzubeleben. Obwohl die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit zu den Aufgaben der Vereinten Nationen gehört, wurde sie durch den Internationalen Währungsfonds (IWF) und die Weltbank (WB) systematisch an den Rand gedrängt. Es überrascht nicht, dass angesichts des größeren Einflusses der Entwicklungsländer im Rahmen des UN-Systems nach dem Prinzip „ein Land – eine Stimme“, die Frage der Demokratisierung der globalen Wirtschaftspolitik im Mittelpunkt des FfD-Prozesses steht. Auf der anderen Seite ziehen es die reichen Länder vor, internationale wirtschaftspolitische Entscheidungen durch Institutionen wie den IWF und die Weltbank zu kontrollieren, wo sie einen größeren Stimmenanteil haben, oder sie in die OECD zu verlagern, wo sie exklusive Mitglieder sind. Die Zivilgesellschaft und der Privatsektor werden als Beteiligte an dem Prozess anerkannt, was den FfD-Prozess zu einem einzigartigen inklusiven Raum für die Erörterung des globalen Wirtschaftssystems in all seinen Dimensionen macht.

Seit Monterrey fanden zwei weitere internationale FfD-Konferenzen statt: 2008 in Doha (Katar) und 2015 in Addis Abeba (Äthiopien). Auf Letzterer wurde die *Aktionsagenda von Addis Abeba* (AAAA) verabschiedet.

Dieser Beitrag stammt aus dem *Introductory Guide to Financing for Development*, einem Toolkit, das auf der kollektiven Arbeit der Civil Society FfD Group basiert. Für ein umfassenderes Verständnis des FfD-Prozesses ist der vollständige Text in Englisch, Französisch, Spanisch, Arabisch und Russisch hier verfügbar: <https://cssofarfd.org/2021/09/27/introtoffd/>

## Aktionsagenda von Addis Abeba

Zwei Jahrzehnte lang hatte sich der Nettoinvestitionsfluss von den Entwicklungsländern in die Industrieländer verlagert.<sup>3</sup> Mit anderen Worten, das internationale Finanzsystem ermöglichte nicht wirklich die Mobilisierung von Ressourcen für Entwicklung im Globalen Süden. Anstatt sich mit den wirtschaftlichen Strukturen zu befassen, die diesem Abfluss von Ressourcen aus den Entwicklungsländern zugrunde liegen, wurde auf der dritten FfD-Konferenz die Notwendigkeit der Überbrückung von Finanzierungslücken für die Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) überbetont. Das übergeordnete Ziel der FfD-Agenda geht jedoch über die Umsetzung der SDGs hinaus. Der FfD-Prozess sollte den politischen Spielraum für die Entwicklungsländer schaffen, um ihre Entwicklung auf nachhaltige Weise zu finanzieren. Dies erfordert die Beseitigung der systemischen und strukturellen Hindernisse für die Transformation und die Neugestaltung der wirtschaftlichen Global Governance zur Förderung eines wirklich demokratischen Multilateralismus.

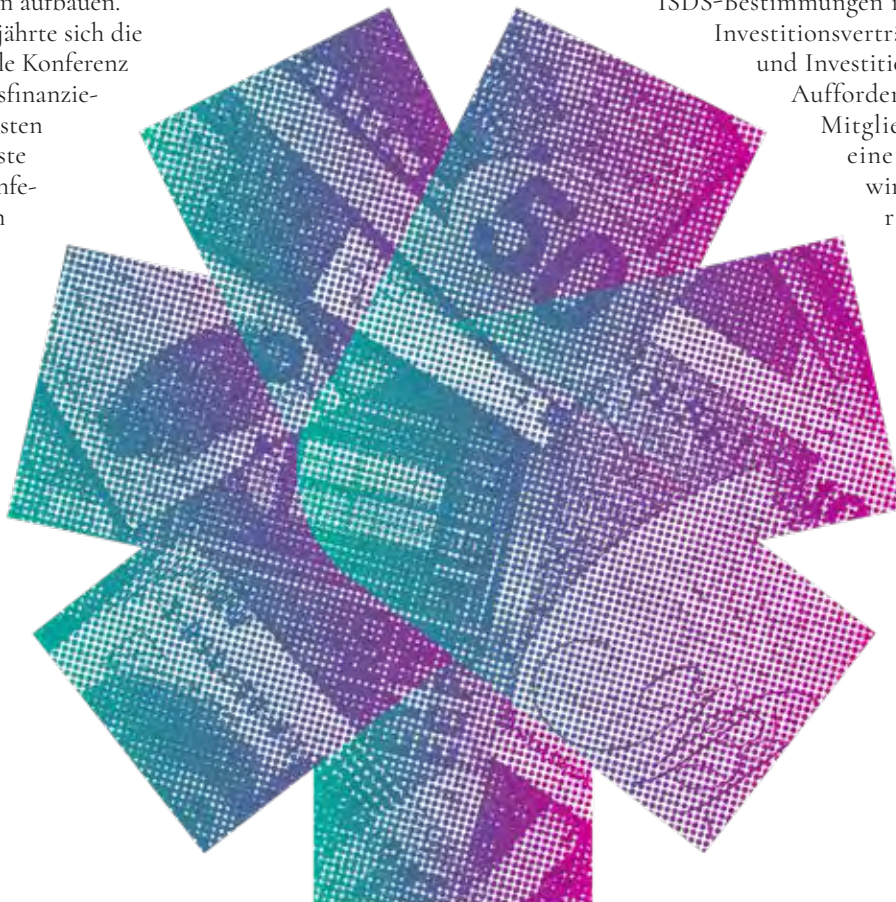
## Blick nach vorn

Die ursprüngliche Aufgabe des FfD-Prozesses ist es, auf Normen und Empfehlungen zur globalen Wirtschafts- und Finanzpolitik hinzuarbeiten, die systemische und historische Ungleichheiten adressieren. Das soll auf kohärente Art und Weise geschehen und auf menschenrechtlichen (Verfahrens-)Prinzipien aufbauen.

Im März 2022 jährte sich die erste internationale Konferenz über Entwicklungsfinanzierung zum zwanzigsten Mal. Es war die erste internationale Konferenz der Vereinten Nationen zur Behandlung zentraler finanzieller

und damit zusammenhängender Fragen im Zusammenhang mit der globalen Entwicklung und ein bahnbrechender internationaler Konsens, der stattfand, als die Welt von der wirtschaftlichen Rezession erschüttert wurde. Angesichts des Finanzierungsbedarfs im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie wäre ein weiterer Gipfel noch nie so dringend wie heute. Es ist an der Zeit, dass die UN-Mitgliedstaaten eine vierte Internationale Konferenz über Entwicklungsfinanzierung, ein Monterrey+20 einberufen, um einen neuen globalen Konsens über ein Wirtschaftssystem zu erzielen, das für die Menschen und den Planeten funktioniert. Die Civil Society FfD Group, die die internationale Zivilgesellschaft im FfD-Prozess koordiniert, schlägt folgende Prioritäten für eine solche Konferenz vor:<sup>4</sup>

- » **Einrichtung eines Mechanismus zur Begleichung von Staatsschulden unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen**, der sich umfassend mit nicht tragbaren und unrechtmäßigen Schulden befassen würde, auch durch einen umfassenden Schuldenerlass.
- » **Einrichtung eines universellen, zwischenstaatlichen UN-Steuerremiums und Aushandlung einer UN-Steuerkonvention** zur umfassenden Bekämpfung von Steueroasen, von Steuermissbrauch durch multinationale Unternehmen und anderen illegitimen Finanzströmen durch einen wirklich universellen, zwischenstaatlichen Prozess bei den Vereinten Nationen unter breiter Beteiligung der Rechteinhaber\*innen.
- » **Vereinbarung eines Moratoriums für Investor-Staat-Streitbeilegungsverfahren (ISDS)**, Streichung aller ISDS-Bestimmungen in allen bilateralen Investitionsverträgen und Handels- und Investitionsabkommen und Aufforderung an die WTO-Mitglieder, unverzüglich eine angemessene und wirksame Ausnahmeregelung von den Verpflichtungen im Rahmen des



TRIPS-Übereinkommens für Gesundheitstechnologien und -produkte im Zusammenhang mit COVID-19 zu treffen.

- » **Regulierung von Rating-Agenturen (CRAs):** Die Vereinten Nationen sollten bei der weiteren Beaufsichtigung und Regulierung von Rating-Agenturen (CRAs) eine Führungsrolle übernehmen. Sie sollten dafür eine universelle, zwischenstaatliche, mit einem Enddatum versehene Kommission unter dem Wirtschafts- und Sozialrat mit einem Zeitplan einberufen. Diese sollte notwendige internationale institutionelle Reformen prüfen mit dem Ziel, die negativen Auswirkungen von CRAs auf das internationale Finanzwesen zu korrigieren und abzuwenden.
- » **Überprüfung der Beiträge von öffentlich-privaten Partnerschaften zu nachhaltiger Entwicklung, sowie von sog. Blended Finance- und anderen Finanzierungsmechanismen,** die zur Förderung eines Private Finance First-Konzepts für Infrastrukturen und öffentliche Dienstleistungen eingeführt wurden. Die Unzulänglichkeit von Entwicklungsmodellen, bei denen der private Profit gegenüber dem Allgemeinwohl priorisiert wird, – gerade auch im Kontext humanitärer Notlagen – ist offenkundig.
- » **Beschleunigung der Umsetzung der Verpflichtungen im Bereich der Mittel der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA),** um das 0,7%-Ziel in Form von bedingungslosen Zuschüssen zu erreichen und zu übertreffen.
- » **Bewertung der systemischen Risiken, die von gar nicht oder unzureichend regulierten Instrumenten und Akteuren des Finanzsektors ausgehen:** Dazu gehören die Regulierung und Beaufsichtigung von Ratingagenturen,

ein globaler Regulierungsrahmen für die Vermögensverwaltungsbranche und eine globale Einigung über die Bedeutung der Kapitalbilanzverwaltung.

- » **Globaler Technologiebewertungsmechanismus bei der UN:** Es besteht dringender Bedarf an breit angelegten, transparenten, inklusiven, zugänglichen und partizipativen Beratungen über die aktuellen und potenziellen Auswirkungen digitaler Technologien auf die Umwelt, den Arbeitsmarkt, die Steuerpolitik, die Lebensgrundlagen und die Gesellschaft.
- » **Schaffung von steuerlichem Spielraum und Ausbau der internationalen Zusammenarbeit für die Schaffung menschenwürdiger Arbeit und universeller sozialer Sicherungssysteme in Einklang mit den SDGs und den ILO-Kernarbeitsnormen:** Investitionen in die Pflege, die Millionen neuer menschenwürdiger Arbeitsplätze schaffen, bieten die Möglichkeit, derzeitige informelle Pflegejobs zu formalisieren und Frauen bei der Teilnahme an anderen Wirtschaftsbereichen zu unterstützen.

1 <https://www.unicef.org/press-releases/pre-pandemic-data-show-1-8-countries-spends-more-debt-education-health-and-social>

2 <https://policydialogue.org/files/publications/papers/Global-Austerity-Alert-Ortiz-Cummins-2021-final.pdf>

3 [https://www.southcentre.int/wp-content/uploads/2015/07/PB19\\_FFD-Conf-2015-A-view-from-the-South\\_EN.pdf](https://www.southcentre.int/wp-content/uploads/2015/07/PB19_FFD-Conf-2015-A-view-from-the-South_EN.pdf)

4 <https://csoforffd.org/2022/02/22/inputs-to-2022-ffd-forum/>

Aus dem Englischen von Wolfgang Obenland.



Flora Sonkin ist Policy Researcher im Economic Justice Team der Society for International Development und aktives Mitglied der Civil Society FfD Group. Ihre Forschungsinteressen erstrecken sich auf die Überschneidungen zwischen Finanzen, Ernährung und globaler Gerechtigkeit.

Dieser Text ist Teil des

**Rundbrief Forum Umwelt & Entwicklung, Ausgabe 1/2022**

## **WAS KOSTET DIE WELT?**

**NACHHALTIGKEIT BRAUCHT GERECHTE FINANZSYSTEME**



Zum Download weiterer Artikel und des gesamten Rundbriefs:  
<https://www.forumue.de/hintergrundanalyse/rundbriefe/>